

Demokratie braucht handlungsfähige Kommunen



Dr. Peter Kurz

Unsere Gesellschaft ist grundlegend herausgefordert wie seit Jahrzehnten nicht. Die vielfältig verflochtenen, multiplen Krisen und die Transformation verlangen dabei nicht zuletzt Antworten und Konzepte vor Ort. Städte und Gemeinden stehen so vor unvergleichlichen Herausforderungen, weil zugleich ein gesellschaftlich breit getragenes Zielbild nicht zu bestehen

scheint. Migrationsbewegungen und steigende Integrationsanforderungen, klimagerechte Umgestaltung unserer Stadträume und Infrastrukturen, aktive lokale und regionale Strukturpolitik, Wohnungsnot und Investitionsstau, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie demografischer Wandel, sinkendes Zutrauen und absichtsvoll von außen und innen befeuerter Populismus – das alles fordert die kommunale Ebene. Die Aufgaben und Erwartungen wachsen – und die personellen und finanziellen Ressourcen wachsen nicht mit oder sinken.

Der kommunalen Ebene kommt deshalb eine besondere Rolle zu. Ob und wie die Politik die erfahrbare Wirklichkeit gestaltet: Hier wird es sicht- und spürbar. Hier zeigt sich, was es bedeutet, wenn bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist, Kinder mit keinen oder geringen Deutschkenntnissen wenig Chancen auf einen guten Schulabschluss haben oder wenn zunehmende Starkregenereignisse nicht nur Hab und Gut, sondern auch Menschenleben gefährden.

Mit dieser Unmittelbarkeit geht zugleich das Potenzial einher, vor Ort in den Städten und Gemeinden das Vertrauen der Menschen in die Lösungskompetenz der öffentlichen Hand zu stärken. Das Handeln von Politik und Verwaltung wird hier für die Menschen direkt erlebbar. Zugleich kann keine andere politische Ebene unterschiedlichste Akteure so zu eigenem Handeln bewegen oder zumindest in einen Dialog bringen. Die lokale Ebene kann Selbstwirksamkeit befördern und so Demokratie stärken.

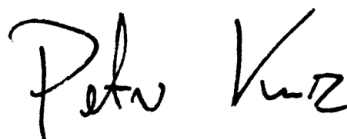
Was es dazu aber braucht, ist eine handlungsfähige kommunale Ebene. Unsere Städte und Gemeinden müssen in der Lage sein, auf die Herausforderungen vor Ort den lokalen Bedarfen entsprechend reagieren zu können. Dies verlangt Investitionskraft, genügend qualifiziertes Personal

und neue Qualifikationen. Und es verlangt modernisierte Verwaltungen, die agil, das heißt schnell und veränderungsbereit, handeln, und die ganzheitlich, mit konkretem Raumbezug (Nachbarschaft, Quartier, Stadtteil), anstelle isoliert ressortgebunden vorgehen, um Wirkung zu erzielen. Und nicht zuletzt müssen Kommunen überhaupt über die entsprechenden Entscheidungsspielräume und Entscheidungskompetenzen verfügen, um Lösungen umsetzen und sichtbar und schnell auf Missstände reagieren zu können.

In der Praxis stoßen Kommunen vor allem immer wieder an Grenzen, wenn sich öffentliche und private Interessen entgegenstehen. So werden beispielsweise stadtbildprägende Gebäude dem Verfall überlassen, und Leerstände führen zu schleichenden Abwärtstendenzen in ganzen Nachbarschaften. Baulücken bleiben trotz akutem Wohnraummangel unbebaut, oder die resiliente Anpassung des öffentlichen Raums scheitert an der Verfügbarkeit von Grundstücken für Quartiersgaragen.

Das vorliegende Heft legt unter dem Titel „Verpflichtet Eigentum?“ einen Schwerpunkt auf diese Aspekte und fragt, wie die Handlungsfähigkeit der Kommunen dahingehend gestärkt werden kann. Wie kann es gelingen, dass die Städte und Gemeinden dazu in die Lage versetzt werden, stadtentwicklungspolitisch gewünschte Entwicklungen verlässlich anzusteuern, selbst wenn Eigentümer entgegenstehende Interessen verfolgen? In den Beiträgen wird diese Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet: aus Sicht von wachsenden und schrumpfenden Städten, kleinen und großen Kommunen sowie aus rechtlichem und immobilienwirtschaftlichem Blickwinkel.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieses Schwerpunkthefts.



Dr. Peter Kurz

Verbandsratsvorsitzender des vhw e. V., Oberbürgermeister a. D. der Stadt Mannheim